



#dieschmidt

der newsletter

18.10.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Anschlag am jüdischen Feiertag Jom-Kippur in Halle war ein Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unsere demokratische Grundordnung. Rechter Terror beginnt mit Worten und endet mit Taten. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir verurteilen den rechtsterroristischen Anschlag auf Schärfste. Für uns ist auch klar: Wir müssen uns dem rechtsextremen Gedankengut in der Gesellschaft deutlicher entgegenstellen. Auch rechte Parteien in den Parlamenten wirken daran mit, den Nährboden für solche Taten zu bereiten. Wir müssen wirksame Antworten auf die Radikalisierung online wie auch offline geben. Ein erster Schritt wäre das von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey geforderte Demokratie-Fördergesetz, um Präventionsprojekte, Aussteigerprogramme oder Demokratieförderprogramme stabil zu finanzieren.

Sowohl unser Fraktionschef Dr. Rolf Mützenich ([hier die Rede](#)) als auch die Kanzlerin haben im Rahmen der gestrigen Regierungserklärung noch einmal festgehalten: Wir verurteilen die völkerrechtswidrige Offensive der Türkei im Nordosten von Syrien aufs Schärfste. Die Türkei nimmt eine weitere Destabilisierung der Region in Kauf und riskiert das Wiedererstarken des IS. Wir rufen die Türkei auf, die Offensive sofort zu beenden und ihre Truppen aus Syrien abzuziehen. Auch wenn gestern eine Waffenpause verhandelt wurde bleibt klar: Es ist wichtig, dass wir internationalen Druck auf die Türkei aufbauen, damit sie die militärische Eskalation umgehend beendet. In Zeiten wie diesen wird ein starker Multilateralismus, also eine enge Zusammenarbeit über nationalstaatliche Grenzen hinweg, immer wichtiger – zum Beispiel im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Letzten Mittwoch hat das Bundeskabinett das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Damit steht fest: wir werden noch vor dem SPD-Bundesparteitag im Dezember eine soziale Klimapolitik auf den Weg bringen. Das geplante Klimaschutzgesetz ist ein Erfolg. Denn wir schaffen es, die Klimaziele gesetzlich zu verankern. Wir sind das erste Land überhaupt, das die internationalen Verpflichtungen von Paris gesetzlich umsetzt und gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigt. Dennoch bleibt Luft nach oben – ich bin gespannt auf die Ergebnisse der bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen.

Es ist gut, dass nach monatelangem Hin und Her gestern eine Einigung zum Brexit gefunden wurde – nun bleibt abzuwarten, wie sich das britische Parlament am Wochenende entscheidet.

Ich wünsche dem sozialdemokratischen Bürgermeisterkandidaten Christian Schüler bei den Wahlen am Sonntag viel Erfolg. Mit seinem Konzept für barrierefreies und günstiges Wohnen für alle Generationen, packt er die vor Ort wichtigen Fragen an. Ich bitte alle Wahlberechtigten am Sonntag wählen zu gehen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



Gestern hat die AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack als Sprecherin bestätigt. Ich bleibe stellvertretende Sprecherin der AG – gemeinsam mit Martin Rosemann.

Grundsteuerreform

Kommunale Einnahmen sichern



Am Mittwoch haben wir zu Beginn der Plenarsitzung drei wichtige Gesetze zur Reform der Grundsteuer beraten. Heute haben wir die Grundsteuerreform bereits mit der 2. und 3. Lesung beschlossen. Damit sichern wir eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen und entwickeln sie weiter. Die Grundsteuereinnahmen betragen etwa 15 Milliarden Euro im Jahr. Anlass der Verhandlungen war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Gesetzgeber zu einer Neuregelung der Grundsteuer bis Ende des Jahres verpflichtet hatte. Für die SPD ist klar: die finanziellen Grundlagen der Städte und Gemeinden müssen gesichert bleiben. Denn die Grundsteuer ist nach der Gewerbesteuer die zweitwichtigste Kommunalsteuer und für die Kommunen zwingend notwendig: Um Schwimmbäder in Stand und offen zu halten, Schulen zu sanieren, KiTas und Stadtbibliotheken zu betreiben – kurzum, um das kulturelle und soziale Leben vor Ort zu gestalten. [...weiterlesen](#)

Wohngeld steigt

Ab 01. Januar 2020



Wohnen darf kein Luxus sein. Mit dem Wohngeld unterstützen wir diejenigen, die sich Wohnkosten nicht aus eigener Kraft leisten können. Daher war uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Wohngeldstärkungsgesetz, das wir heute verabschiedet haben, ein wichtiges Anliegen: Ab 01. Januar 2020 werden mehr Haushalte mehr Wohngeld erhalten. Gleichzeitig haben wir eine Dynamisierung des Wohngeldes eingeführt. Das bedeutet, dass das Wohngeld ab sofort alle zwei Jahre automatisch an die Entwicklung der Mietpreise und Verbraucherpreise angepasst wird. [...weiterlesen](#)

Im Strafverfahren

Rechte von Jugendlichen stärken



Wenn Jugendliche eine Straftat begehen und von der Polizei vernommen werden, wird Ihnen zukünftig bereits „ab der ersten Stunde“, also bereits zur Aufnahme der Personalien, eine Strafverteidigung zur Seite stehen. Das ist wichtig, denn Jugendliche können die Bedeutung eines Strafverfahrens oft nicht richtig abschätzen, haben Probleme die Abläufe zu verstehen oder einzuschätzen, welche Tragweite ihre Äußerungen gegenüber Polizistinnen und Polizisten oder Staatsanwaltschaft haben. Mit dem gestern in erster Lesung beratenen Gesetz setzen wir eine EU-Richtlinie um, die europaweit die Rechte von Jugendlichen im Jugendstrafverfahren stärkt.

Paketboten schützen

Gesetz eingebracht



Wir alle freuen uns, wenn die Paketbotin oder der Paketbote klingelt – mit der erwarteten Online-Bestellung, mit einer Geburtstagsüberraschung oder dem Weihnachtsgeschenk. Das ist OK, aber der Preiskampf der Lieferunternehmen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden – und auch nicht zu Lasten der Unternehmen gehen, die sich an die Regeln halten. Deswegen ist es gut, dass gestern das Paketboten-Schutz-Gesetz in den Bundestag eingebracht wurde. [...weiterlesen](#)

Soziales Entschädigungsrecht

In den Bundestag eingebracht



Wer Opfer von Gewalttaten wie z.B. Terroranschlägen wird, benötigt schnelle und umfassende Unterstützung. Mit der heute im Bundestag eingebrachten Reform des Sozialen Entschädigungsrechts erhöhen wir die monatliche Opferrente und bauen die Schnellen Hilfen (Traumaambulanzen und Fallmanagement) aus. Sie werden zukünftig flächendeckend, niederschwellig und bereits kurz nach der Tat psychotherapeutische Beratung anbieten. Wir sorgen unter anderem dafür, dass Teilhabeleistungen grundsätzlich ohne Einkommensprüfung erbracht werden – zum Beispiel die Waisenrente. [...weiterlesen](#)

Masern zurückdrängen

Impfung verpflichten



Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten der Menschheit. Im Jahr 2018 kam es weltweit zu einer Verdoppelung der Masernfälle. Obwohl gut verträgliche und hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung stehen, meldete das Robert-Koch-Institut bis Ende Mai bereits 420 Masernfälle in Deutschland in 2019. Eine immer größer werdende Anzahl von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nicht durch eine Impfung geschützt. Eine Nichtimpfung bedeutet aber nicht nur eine Gefahr für den Menschen, der sich dagegen entscheidet, sondern auch ein Risiko für andere Personen, die z.B. aufgrund ihres Alters oder besonderer gesundheitlicher Einschränkungen nicht geimpft werden können. Um die Anzahl der Masernfälle langfristig zu reduzieren, hat der Bundestag diese Woche einen Gesetzentwurf für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention beraten. [...weiterlesen](#)